

Kurzbericht

Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz

(26. - öffentliche - Sitzung am 2. Juni 2014)

Beratungsthemen:

Außerhalb der Tagesordnung:

Der Ausschuss kam auf Antrag der CDU-Fraktion überein, sich in der für den 30. Juni 2014 vorgesehenen Sitzung durch die Landesregierung über den Verdacht, dass in niedersächsischen Biogasanlagen giftige Sonderabfälle verarbeitet wurden, unterrichten zu lassen.

1. a) **Energiewende: kosteneffizient, versorgungssicher und umweltverträglich**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/1431](#)
- b) **Energiewende findet auch auf der Verbrauchsseite statt - Anreize zur Steigerung der Energieeffizienz ausbauen**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/1432](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung zu den Anträgen ab und empfahl dem Plenum des Landtages mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, die Anträge abzulehnen.

2. **Energiewende: Wettbewerbsfähigkeit erhalten - Arbeitsplätze schaffen - Fachkräftenachwuchs sichern**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/1433](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung zur Abgabe einer Stellungnahme an den federführenden - Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr durch.

3. **Raumordnerische Erfahrung nutzen - eigenen Trassenvorschlag einbringen**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/1434](#)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch Vertreterinnen und Vertreter des MU und des ML entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. **Entscheidung über Offenhaltung Gorlebens muss transparent sein**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/1410](#)

hier: Unterrichtung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) über sämtliche im Rahmen der sogenannten Variantenbetrachtung aufgeführten verschiedenen Szenarien sowie der dazugehörigen Kostenaspekte und das „Konzept für den Übergang in einen langfristigen Offenhaltungsbetrieb“

Das BMUB und das BfS hatten dem Ausschuss mit Schreiben vom 28. Mai 2014 mitgeteilt, die vorgesehene Unterrichtung in der heutigen Sitzung nicht durchzuführen. Gleichwohl legte der Ausschuss großen Wert auf eine Unterrichtung zu diesem Thema durch die Bundesbehörden und kam überein, dies dem BMUB zeitnah in einem Schreiben darzulegen und erneut um eine Unterrichtung vor dem 30. Juni 2014 zu bitten.

5. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ergebnisse der Revision im Atomkraftwerk Grohnde**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat das MU um Mitteilung, wenn der Bericht über die Revision vorliegt, um dann die Unterrichtung fortzusetzen.